



Überprüfung des Preis moratoriums und der gesetzlichen Herstellerabschlage für Arzneimittel

Überprüfung des Preis moratoriums und der gesetzlichen Herstellerabschlage für Arzneimittel
Für Arzneimittel, die zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung abgegeben werden, gelten ein Preis moratorium sowie gesetzliche Herstellerabschlage auf den Arzneimittelpreis. Das Bundesministerium für Gesundheit ist nach § 130a Absatz 4 SGB V verpflichtet, das Preis moratorium und die gesetzlichen Herstellerabschlage für Arzneimittel jahrluch zu überprüfen. Im Rahmen der Überprüfung der weiteren Erforderlichkeit dieser Maßnahmen wurden auch die maßgeblichen Verbände der Kostenträger und der Leistungserbringer sowie die Verbände der pharmazeutischen Industrie um Stellungnahme gebeten. Nach Auswertung der Stellungnahmen und der Bewertung der gesamtwirtschaftlichen Lage, einschließlich der Auswirkung auf die gesetzliche Krankenversicherung (GKV), kommt das Bundesministerium für Gesundheit zu dem Ergebnis, dass das Preis moratorium und die gesetzlichen Herstellerabschlage für Arzneimittel in Höhe von 16 Prozent weiterhin ohne Änderung erforderlich sind. Maßgebend für diese Entscheidung sind insbesondere folgende Gründe: Die finanziellen Auswirkungen einer Aufhebung des Preis moratoriums und der Reduzierung der gesetzlichen Herstellerabschlage für Arzneimittel in der GKV: Die dem Bundesministerium für Gesundheit vorliegenden Daten belegen, dass gerade im Bereich der Fertigarzneimittel ohne Festbetrag weiterhin hohe Umsatzwachse zu verzeichnen sind. Von dem Umsatzwachs der vergangenen Jahre in diesem Bereich wird lediglich ein Teil durch die Erhöhung der gesetzlichen Herstellerabschlage für Arzneimittel abgeschöpft. Das befristete Preis moratorium und die befristete Erhöhung der gesetzlichen Herstellerabschlage für Arzneimittel wurde als Vorgriff auf das System der Vereinbarung wirtschaftlicher Erstattungsbeträge eingeführt. Das vom Gesetzgeber angestrebte Einsparvolumen ist jedoch erst bei vollständiger Umsetzung zu erwarten und wird bislang nicht erreicht. Die Vertragspartner können bereits nach geltendem Recht in ihren Vereinbarungen zu den Erstattungsbeträgen eine Ablösung der gesetzlichen Herstellerabschlage vorsehen. Die geringe Zahl der vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle genehmigten Anträge auf Ausnahmen von den Herstellerabschlagen und vom Preis moratorium belegen, dass die pharmazeutischen Unternehmer hierdurch nicht überproportional belastet werden. Zudem schätzen die pharmazeutischen Unternehmer ihre eigene Situation im DIHK-Report Gesundheitswirtschaft durchaus positiv ein. Darin zeigt sich, dass die Gesundheitswirtschaft konjunkturunabhangiger ist als andere Wirtschaftsbereiche. Demgegenüber ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aufgrund der anhaltenden Staatsschuldenkrise im Euroraum mit erheblichen konjunkturellen Risiken und entsprechenden Auswirkungen für die Beitragseinnahmen der GKV verbunden. Die Entscheidung des Bundesministeriums für Gesundheit bedeutet, dass Preiserhohtungen für Arzneimittel durch die pharmazeutischen Unternehmer weiterhin nicht mit der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung abgerechnet werden können. Der gesetzliche Herstellerabschlag von 16 Prozent für verschreibungspflichtige Arzneimittel ohne Festbetrag und von 6 Prozent für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel ist weiterhin in Abzug zu bringen.
Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin
Telefon: +49 (1888) 441-0
Telefax: +49 (1888) 441-1830
Mail: info@bmg.bund.de
URL: <http://www.bmg.bund.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

10117 Berlin

bmg.bund.de
info@bmg.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

10117 Berlin

bmg.bund.de
info@bmg.bund.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage